



Beauftragter der
Bundesregierung für die
Belange von Menschen mit Behinderungen



Bayerische Staatsregierung
Beauftragter für die Belange von
Menschen mit Behinderung



Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen
11017 Berlin

Herrn Bundesminister
Horst Seehofer
Bundesministerium des Innern, für Bau
und Heimat
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Jürgen Dusel

HAUSANSCHRIFT Mauerstraße 53, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL 03018 527-2944
FAX 03018 527-1871
E-MAIL buero@behindertenbeauftragter.de
Internet www.behindertenbeauftragter.de

Berlin, 24. April 2020

nachrichtlich an:

Bundesminister Heiko Maas
Auswertiges Amt

Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder
Bundesrat

Sehr geehrter Herr Bundesminister Seehofer,

angesichts der aktuellen Situation in den Flüchtlingslagern auf den Ägäischen Inseln und der Gefahr einer möglichen Ausbreitung des Virus Sars-CoV-2 begrüßen wir sehr, dass die Europäische Union Griechenland finanzielle Unterstützung in Höhe von 700 Mio. € zur Verfügung stellt, um den besonderen Herausforderungen auf den griechischen Inseln zu begegnen. Wir sind froh, dass in Umsetzung des „Corona-Notfallplans“ besonders schutzbedürftige Personen in den Lagern identifiziert und in angemieteten Hotels untergebracht werden. Hierzu dürften auch viele Geflüchtete mit Behinderungen zählen. Die Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen von Bund und Ländern bitten darum, sich dafür einzusetzen, dass mit den von der EU bereit gestellten Mitteln für eine Beschleunigung des Vulnerabilitäts-Assessments auf den ägäischen Inseln gesorgt wird. Zudem ist es notwendig, eine zuverlässige Qualität der Vulnerabilitäts-Assessments sicherzustellen, damit auch Menschen mit nicht sichtbaren Behinderungen und chronischen Erkrankungen erfasst werden.

Nach den von Handicap International vorgelegten Informationen sieht der im EU-Türkei-Abkommen festgeschriebene Fast-Track-Prozess vor, dass alle Neuankömmlinge ein Vulnera-

Beratung für Menschen mit Behinderungen:
Telefon: 030-221911006
Fax: 030-221911017
E-Mail: anfrage@behindertenbeauftragter.de

Verkehrsverbindungen:
Stadtmitte (U6 und U2), barrierefrei
Brandenburger Tor (S1, S2 und S25, U55), barrierefrei
Mohrenstraße (U2, Bus 200)

bilitäts-Assessment durchlaufen. Fallen Menschen in eine der Vulnerabilitätskategorien, werden sie entweder in Wohnungen auf den Inseln untergebracht oder in Camps auf das Festland transferiert. Ihr Asylbegehren unterliegt dann auch nicht mehr dem Fast-Track, der für die Hotspots auf den Inseln gilt. Offiziell soll das Assessment nach spätestens zwei Wochen erfolgen. Im vergangenen November betrug die Wartezeit laut Handicap International jedoch ca. fünf Monate.

Große Sorge bereitet uns auch die Situation von geflüchteten Menschen mit Behinderungen in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften in Deutschland. Bei vielen Menschen mit Behinderungen besteht im Falle einer Infektion mit dem Coronavirus ein erhöhtes Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf. Dies betrifft beispielhaft Personen mit einer geschwächten Atmung infolge von Muskelerkrankungen, Diabetes mellitus oder einer Krebserkrankung. In Sammelunterkünften besteht aufgrund der räumlichen Situation die Gefahr, dass sich das Virus sehr schnell ausbreitet. Geflüchtete Menschen mit Behinderungen, die sich in solchen Einrichtungen aufhalten, sind daher einem besonders hohen Risiko ausgesetzt, mit lebensbedrohlichen Verläufen an COVID-19 zu erkranken.

Die Konferenz der Bundes- und Landesbehindertenbeauftragten bittet Sie daher, sich gemeinsam mit Ihren Länderkolleginnen und -kollegen dafür einzusetzen, Geflüchtete mit Behinderungen in allen Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften systematisch zu identifizieren und im Fall eines erhöhten individuellen Infektionsrisikos vorbeugend dezentral unterzubringen (vgl. § 49 Absatz 2 sowie § 53 Absatz 1 Satz 2 AsylG).

In einigen Ländern ist dies bereits erfolgt. So hat zum Beispiel die Hansestadt Bremen am 24.03.2020 besonders gefährdete Bewohnerinnen und Bewohner der dortigen zentralen Landesaufnahmeeinrichtung in dezentrale Unterkünfte verlegt. Diese Maßnahmen sollten auch in den Konzepten anderer Länder umgesetzt werden.

Aus Sicht der Beauftragten zeigt sich in der aktuellen Situation zudem mit besonderer Deutlichkeit, wie wichtig es ist, Menschen mit Behinderungen und andere schutzbedürftige Personen unmittelbar nach Ankunft systematisch zu identifizieren. Ein regelhaftes Vulnerabilitäts-Assessment findet flächendeckend in Deutschland jedoch nicht statt. Vorgaben hierzu finden sich in der EU-Aufnahmerichtlinie, nicht jedoch im deutschen Recht. Wir möchten Sie daher bitten, sich mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in den Ländern auf ein einheitliches und systematisches Verfahren zur Identifizierung besonders schutzbedürftiger Geflüchteter zu verständigen. Denn ohne eine frühzeitige Identifikation besonders schutzbedürftiger Personen laufen Schutzvorschriften für diesen Personenkreis oder Schutzkonzepte in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften aus unserer Sicht ins Leere.

Mit Interesse sehen wir auch den Vorschlägen der Europäischen Kommission für einen neuen europäischen Asyl- und Migrationspakt entgegen. Kommissionspräsidentin von der Leyen hatte im Herbst angekündigt, dass Migration damit „nachhaltig, mit humanem Ansatz effektiv gesteuert werden soll“. Wir möchten Sie bitten, sich bei den anstehenden Verhandlungen auf europäischer Ebene und im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dafür einzusetzen, dass die neuen Regelungen im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention und anderen Menschenrechtsverträgen die Belange von Menschen mit Behinderungen und anderer schutzbedürftiger Personen hinreichend berücksichtigen. Dazu zählen insbesondere die Wahrung der Rechte schutzbedürftiger Personen durch frühzeitige, systematische Identifizierung sowie bei Freiheitsbeschränkungen und der medizinischen Versorgung.

Für Rückfragen steht Ihnen der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Dusel
Beauftragter der Bundesregierung
für die Belange von Menschen
mit Behinderungen



Holger Kiesel
Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung
Derzeitiger Vorsitzender der KB